

SPALTUNG! SPALTUNG!

Erklärung der Zentralen Leitung der Kommunistischen Jugendorganisation SPARTACUS

Wir haben uns, nach freigeßtem Beschluß, eben zu dem Zweck zusammen-
getan, um gegen die Feinde zu kämpfen und nicht in den benachbarten
Sumpf (der Ökonomen) zu geraten, dessen Bewohner uns von Anfang an
dafür schalten, daß wir uns zu einer besonderen Gruppe vereinigt und den
Weg des Kampfes und nicht den der Versöhnung gewählt haben ... ihr habt
die Freiheit ... zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in den Sumpf; wir sind sogar
der Meinung, daß euer wahrer Platz im Sumpf ist, und wir sind bereit, euch
nach Kräften bei eurer Übersiedlung dorthin zu helfen. Aber laßt unsere Hän-
de los, klammert euch nicht an uns und besudelt nicht das große Wort Freiheit
(der Kritik), denn wir haben ja ebenfalls die „Freiheit“, zu gehen wohin wir wol-
len, die Freiheit, nicht nur gegen den Sumpf zu kämpfen, sondern auch gegen
diejenigen, die sich dem Sumpfe zuwenden!

Lenin

Es gehört zum Wesen einer auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus
aufgebauten Organisation, daß sich in ihr Fraktionen bilden können. Die verschie-
denen Meinungen, die innerhalb der Organisation bestehen, sei es über Fragen
der Strategie und Taktik oder auch nur über innerorganisatorische Probleme, kön-
nen sich im Laufe der Zeit zu bestimmten *Tendenzen* kristallisieren und letzten En-
des zur Bildung von *Fraktionen* führen. Für die SPARTACUS-Organisation, die die
Prinzipien der bolschewistischen Organisationsform nicht als Lippenbekenntnisse
postuliert, ist dies eine Selbstverständlichkeit. Die zwei Fraktionen, die sich in letz-
ter Zeit in unserer Organisation gebildet hatten, waren nicht die ersten und sind
auch sicherlich nicht die letzten.

Die Existenz von Fraktionen in einer Organisation ist jedoch nur solange möglich,
wie sie ihre Auseinandersetzungen *im Rahmen der politischen Plattform*, auf de-
ren Grundlage die Arbeit der Organisation stattfindet, austragen. Anders ausge-
drückt: Tendenzen und Fraktionen können in einer politischen Organisation nur
dann koexistieren, wenn die politischen *Grundlagen* von allen anerkannt und ak-
zeptiert werden. Dies ist die unerläßliche Voraussetzung für jede politische Arbeit.
Die praktisch-politische Wendung der theoretischen Grundsätze ist in einer bol-
schewistischen Organisation nur dann möglich, wenn sie einheitlich von allen Mit-
gliedern getragen wird.

Anders sieht es jedoch dann aus, wenn sich in einer Organisation Fraktionen bilden, die das politische Programm selbst in Frage stellen. Hier haben wir es nicht mehr mit einer Fraktion zu tun, die auf den programmatischen Grundlagen der Organisation versucht, ihren besonderen fraktionellen Standpunkt durchzusetzen, sondern mit den ersten Ansätzen einer *völlig anderen* politischen Orientierung, die letzten Endes nur in der Bildung einer *anderen Organisation* ihr konsequentes Ende finden kann.

Die „Bolschewistische Fraktion (Bolfra)“ ...

Im Sommer hatte sich eine schon auf der Gründungskonferenz als Minderheitstendenz auftretende Gruppe von Genossen als „Bolschewistische Fraktion“ innerhalb der Organisation konstituiert. Diese Fraktion entstand nicht aus einer immanenten Kritik an den politischen Positionen unserer Organisation, sondern bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie es denn um den „Grundcharakter unserer Epoche“ bestellt sei. Eine gewiß für Marxisten sehr ehrenwerte Aufgabe, die aber, da sie auf die konkret anzugehenden politischen Aufgaben keine unmittelbaren Antworten liefern konnte, die Perspektive für die *konkrete* Arbeit aus den Augen verlieren mußte. Das Ergebnis, zu dem unsere Genossen in ihrer theoretischen Arbeit gelangten, war die von der „Lambertistischen“ Richtung innerhalb der trotzkistischen Weltbewegung schon längst für bare Münze genommene Erkenntnis, daß die Produktivkräfte nicht mehr wachsen und deshalb der Imperialismus in seine „faulende Phase“ getreten sei. Damit behaupteten sie schlicht und einfach, daß sich zwischen 1914 und 1970 im Rahmen des imperialistischen Weltsystems qualitativ nichts geändert habe und daß die ganze Entwicklung der Nachkriegsperiode nichts anderes darstelle als eine langfristig konjunkturelle Ausnahme vom „normalen“ Imperialismus, sozusagen eine zeitweilige Suspendierung seiner wesentlichen Erscheinungsformen. Eine solche Position beinhaltet aber zugleich eine Reihe von politischen Konsequenzen. Wenn es stimmt, daß die Produktivkräfte aufgehört haben zu wachsen, heißt dies zugleich, daß die Bourgeoisie keinen Spielraum mehr hat, der Arbeiterklasse *irgendwelche* – weder ökonomische noch gar politische – Konzessionen zu gewähren. Im Gegenteil: Sie kann ihre Profite nicht anders realisieren als dadurch, daß sie zu einem permanenten Angriff auf die materiellen und damit auch auf die politischen Errungenschaften des Proletariats übergeht. Diese Offensive kann die Bourgeoisie nur vereint und zentralisiert *als Klasse* vortragen – d.h. unter Einsatz ihres *Staates!* Unter solchen Bedingungen kann das Proletariat nur noch in der *Defensive*, d.h. in der Verteidigung seiner materiellen Lebensbedingungen bestehen. Das kann der Arbeiterklasse nur gelingen, indem sie sich ihrerseits *als Klasse* zusammenschließt – und das heißt: der Offensive *politisch* begegnet.

Von eben diesen Bedingungen ging Trotzki aus, als er Ende der 30er Jahre das „Übergangsprogramm“ formulierte: Die Arbeiterklasse kann ihre elementaren ökonomischen Interessen nur wahrnehmen, indem sie sie in einen Kampf um revolu-

tionäre *Übergangslösungen* wendet. Der materielle Besitzstand der Arbeitermassen kann nur verteidigt werden unter den Losungen der *Arbeiterkontrolle*, der *gleitenden Skala der Arbeitszeit und des Lohns*, und schließlich: *der Arbeiterregierung!* Die Aufgabe von Kommunisten ist es unter diesen Bedingungen, mit einem solchen ‚System von Übergangslösungen‘ *unmittelbar* in die ökonomischen Kämpfe einzugreifen und sich so zur revolutionären Führung der Arbeiterklasse zu entwickeln – zur *kommunistischen Partei*.

Wir dagegen meinen, daß der Kapitalismus seit 1945 seine Produktionskapazitäten beständig ausgedehnt und eine Reihe neuer qualitativer Errungenschaften (z.B. Atomenergie, Kybernetik, Automation!) gezeitigt hat. Dies kann in diesem Zusammenhang genügen, um klarzustellen, daß wir eine mechanische Übertragung von Aussagen des Genossen Trotzki aus dem Jahre 1938 für völlig unmarxistisch halten.

Uns ging es deshalb von Anfang an darum zu klären, inwiefern diese von der „Bolfra“ auf der ganz abstrakten Ebene aufgeworfene Problematik zu vermitteln sei mit unserer konkreten politischen Arbeit. Daher haben wir von Anbeginn die Frage gestellt, welche *politischen Konsequenzen* sie denn aus ihrer Scholastik über den „Grundcharakter der Epoche“ ziehen würde. Wiederholt fragen wir sie, ob nicht ihre theoretischen Schlußfolgerungen zu einer strategischen Umorientierung führen müsse, oder ob nach wie vor die Perspektive der kommunistischen Jugendorganisation als strategisches Moment zum Aufbau der Partei richtig sei?! Diese Fragestellung kam für die Genossen völlig überraschend. Sie waren nun gezwungen, ihre Vorstellungen über die Klassenkampfsituation Ende der 30er Jahre auf die konkrete Aktualität zu übertragen. Sie sahen sich gezwungen, aus den Wolken der Abstraktion auf die Erde kommen und unserer Organisation eine konkrete politische Perspektive bieten zu müssen.

In diesem Versuch gingen die Genossen den kürzesten Weg. Um die allgegenwärtige Fäulnis des Imperialismus und seinen unmittelbar vor der Tür stehenden Zusammenbruch nachzuweisen, d.h. um das Jahr 1938 zu aktualisieren, sammelten sie eifrig Statistiken über Streiktage, über Arbeitslosenziffern, über Absatzschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals in den letzten Monaten usw. Daten und Fakten, die ihre festgelegte These in Frage stellen konnten – wie z.B. die Behebung der Absatzschwierigkeiten durch die Ausdehnung des Handels mit osteuropäischen Staaten und der Volksrepublik China sowie in unterentwickelte kapitalistische Länder, oder die staatlichen Interventionsmaßnahmen in die Konjunkturentwicklung durch Manipulationen des Discountsatzes und der Mindestreservensätze u.a. – wurden kurzerhand beiseite geschoben. Die einseitig angehäuften und völlig unverarbeiteten Fakten sollten die Aktualität des „Übergangsprogramms“ wiederherstellen. Dieses Unterfangen wies jedoch offensichtlich zu viele Lücken, zu viele Ungereimtheiten, ja, sogar riesige Krater auf. Die akkumulierten Fakten genügten noch nicht, um den Schritt zu wagen, aus den allgemein abstrakt gewonnenen Erkenntnissen über den Charakter der Epoche die einzig logische strategische Konsequenz zu ziehen: die Liquidierung der KJO-Perspektive und die

unmittelbare Ableitung eines Gewerkschafts- und Parteiprogramms aus den Aussagen des ‚Übergangsprogramms‘. Dies sollte jedoch erst später, auf der 2. Bundeskonferenz unserer Organisation erfolgen. Formal hielt die „Bolfra“ an der Perspektive der KJO fest. Es fehlte ihr offensichtlich immer noch an Sicherheit und Mut. Die Maulwurfsgänge unserer bereits bestehenden Organisation boten ihr einstweilen noch genügend Nestwärme...

[18] ...die Liquidatoren-Fraktion...

Zwei Wochen vor der Bundeskonferenz faßte dann eine Gruppe von Genossen das von der „Bolfra“ aufgeworfene Problem konsequenter an: Nach Untersuchungen über die Auswirkungen der Automation gelangten sie zu der Schlußfolgerung, daß diese sich nicht nur auf die Arbeiterjugend, sondern heute schon auf die gesamte Arbeiterklasse auswirke. Damit glaubten sie, die KJO-Konzeption sofort umwerfen zu müssen. Jedoch hatten sie völlig vergessen bzw. niemals mitbekommen, daß unsere Organisation niemals bestritten hat, daß die Entqualifizierung als Folge der Automation und Mechanisierung langfristig die gesamte Klasse betrifft. Worum es aber geht, ist, daß diese Tendenz nur die Arbeiterjugend heute schon in einer solchen Weise betrifft, daß der Kampf gegen sie als *politischer* geführt werden muß und kann (siehe *Thesen zur Reorientierung*). Über das Problem, wie denn eigentlich die Auswirkungen der Automation für die „Gesamtklasse“ die Entwicklung *politischer* Kämpfe ermöglicht, hatten sich diese Genossen noch keine Gedanken gemacht: Die konkrete Analyse, in der die *Vermittlung* zu der in Angriff zu nehmenden politischen Arbeit völlig fehlte, mußte sich deshalb in *den Nebel der Abstraktion* auflösen. Da in diesen Nebeln, in die sie die Entqualifizierungstendenzen gehüllt hatten, keine konkrete politische Perspektive zu finden war, bediente man sich einer ökonomischen Analyse aus einem 1970 erschienen Buch von *Elmar Altvater*. Dort fand man einige Binsenwahrheiten bestätigt, nämlich daß die „Rekonstruktionsperiode“ beendet sei, daß das bundesrepublikanische Kapital Verwertungsschwierigkeiten habe und daß es in den letzten vier Jahren verschärfte ökonomische Kämpfe gegeben hat. Dies alles beunruhigte die Genossen so sehr, daß sie zur Schlußfolgerung gelangten, die KJO-Konzeption sei nicht nur überholt, sondern von Anfang an verkehrt gewesen. Die von uns in 3 Jahren aufgearbeiteten Erkenntnisse und gesammelten Erfahrungen nicht nur in unserer konkreten politischen Arbeit, sondern auch in den Auseinandersetzungen mit anderen politischen Organisationen, wurden über Nacht über Bord geworfen. Was die „Bolfra“ bisher noch nicht wagte, wurde hier klar und unmißverständlich ausgesprochen: die Konzeption der KJO muß liquidiert werden, die Arbeit der kommunistischen Avantgarde muß „die gesamte Arbeiterklasse“ heute schon erfassen. Wie und mit welchem Programm..., ja, dies könne man sich ja noch überlegen, man könnte doch erst einmal einige Monate darüber diskutieren.

Vor diesem Hintergrund fand am 11./12. Dezember 1971 die 2. Bundeskonferenz der KJO-SPARTACUS statt.

...und die Liquidierung der KJO

Der unvoreingenommene Betrachter hätte danach auf der Konferenz erwarten können, daß zunächst ein gemeinsames Vorgehen von „Bolfra“ und der Mehrheit der Organisation gegen die offenen Liquidatoren hätte stattfinden müssen. Der geschilderte politische Charakter der beiden Fraktionen machte jedoch ein Zusammenfinden der fraktionellen Positionen nicht schwer. Es bestand zwar zunächst noch keine vollständige Gemeinsamkeit zwischen beiden, indem die eine noch nicht zur ausdrücklichen Aufgabe der KJO-Konzeption bereit war, und die andere sich noch nicht mit der „Grundcharakter“scholastik angefreundet hatte.

Gemeinsam war ihnen jedoch schon die Einschätzung des Charakters der gegenwärtigen und der unmittelbar bevorstehenden ökonomischen Auseinandersetzung zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse. Daß man zu dieser Position von verschiedenen theoretischen Ausgangspositionen her gelangt war und daß sich daraus eine Reihe von wichtigen Differenzen ergeben könnten, darüber wurde weder diskutiert noch nachgedacht, galt es doch, vor dem Hintergrund dieser Einschätzung die Konzeption der KJO aus dem Weg zu räumen. Erst dann könnte man ungehindert das politische Vorgehen in den Reihen der „Gesamtklasse“ diskutieren...

Nachdem sich die heimlichen und erklärten Liquidatoren über dem frisch ausgehobenen Grab der KJO-Konzeption die Hände gereicht hatten, stand für uns, die wir diese Konzeption für so lebendig wie eh halten, die Unausweichlichkeit der *Spaltung* fest. Es ging jetzt nur noch darum, deren prinzipielle Grundlagen offen auf den Tisch zu legen – wozu die „Bolfra“ allerdings erst durch die Vorlage unserer *Thesen zur Reorientierung* gezwungen werden mußte.

So legten beide Gruppierungen schließlich eine gemeinsame „Resolution zur Umrüstung der Organisation“ vor. Dann war nun nicht mehr von der „KJO-SPARTACUS“, sondern nur noch von „SPARTACUS“ die Rede. Im Unterschied zu der von der „Bolfra“ noch kurz zuvor eingebrachten „Resolution zur Orientierung der Gewerkschaftsarbeit auf den Betrieb“ war jetzt in dieser gemeinsam vorgelegten Resolution nicht mehr die Rede von Gewerkschaftsjugendgruppen, sondern schlicht von Gewerkschaftsgruppen; aus der Gewerkschaftsjugendarbeit wurde nun die Gewerkschaftsarbeit. Man war mit den Liquidatoren zusammengegangen und – zack! – wurde das „J“ aus *der KJO* gestrichen!

So wie die Liquidation der Konzeption durch den vereinigten Block zu einer Formfrage wurde, wurde auch das Einmaleins des Marxismus über Bord geworfen:

Wie schon erwartet, finden wir in der gemeinsamen Resolution am Anfang die Beschwörung der Verschärfung der ökonomischen Lage – ohne auch nur die leiseste Aussage über das *Ausmaß* der Krise. So gewinnt diese Feststellung den Charakter einer apokalyptischen Vision, die einfach *alles* erwarten läßt – unter anderem solch einen Unfug wie den Angriff der Bourgeoisie „auf das letzte Recht, das dem Arbeiter im Kapitalismus verbleibt, das Recht auf Arbeit“. Als ob der Arbeiter im

Kapitalismus je ein „Recht“ auf Arbeit gehabt hätte und die *Reservearmee von Arbeitslosen* nicht gerade ein konstitutives Moment des Kapitalismus wäre!

Damit erst einmal aus allen Fesseln marxistischen Grundwissens befreit, konnte sich der Block um so unbekümmerter wie ein Elefant im Porzellanladen der marxistischen Kategorien bewegen.

Da wird zunächst den ökonomischen Tagesinteressen der Arbeiter das Etikett „*Teilforderungen*“ aufgeklebt, um zwei Seiten später unter eben demselben Etikett die *revolutionären Übergangslösungen* einzuschmuggeln! Die ökonomischen Kämpfe werden kurzerhand unter dem Kampf um die *gleitende Skala der Arbeitszeit* subsumiert – d.h. nichts Geringeres als das System der Arbeitsteilung in der *sozialistischen Gesellschaft!* Kein Wunder also, daß sie den Kampf um den Pfennig und die Mark nicht mehr vom revolutionären Kampf um die Macht unterscheiden können...

Da wird dann auch die Strategie direkt aus einer „*Analyse des Imperialismus*“ abgeleitet, obwohl schon der Genosse Trotzki Stalin belehrt hatte, daß man die Strategie nicht kurzerhand aus dem abstrakten Typus des Kapitalismus herleiten und die nationalen Besonderheiten nur als „*Warzen auf dem Gesicht*“ und *nicht* als *konstitutiv für die Strategie!* betrachten könne. Und da wird schließlich der vom Block vorgeschlagene „Strategiewechsel“ der Organisation zu einer „*taktischen Wendung zur Gesamtklasse*“.

[19] Mit diesen Verwirrungen ausgestattet, konnte es keinen mehr verwundern, daß der prinzipienlose Block von versteckten und offenen Liquidatoren in seinen Vorschlägen für die konkrete Politik in plattem Opportunismus enden mußte. Besonders deutlich wird dies in dem Abschnitt der „*Resolution...*“ über die Liquidierung der *EGJS-Losung*. Zuerst wird mit dem schon dargelegten Unverständnis für die Dynamik des Kampfes der Arbeiterjugend festgestellt, daß der Kampf um den eigenständigen Gewerkschaftsjugend-Sektor nicht die Einbeziehung von erwachsenen Gewerkschaftskollegen in den antibürokratischen Kampf ermöglichen. Als Alternative zu der konkreten Losung wird ein „*oppositioneller Kampf*“ angeboten, dessen „*konkrete Form*“ erst noch „*in Zusammenhang mit der notwendigen Wendung zur Gesamtklasse*“ bestimmt werden soll. Hier zeigt sich, daß die Liquidierung der *EGJS-Losung* durch die Auflösung in der Gesamtklassenmystik zu einer praktischen Liquidierung der antibürokratischen Perspektive selbst führen muß. Statt des antibürokratischen Kampfes werden „*zentrale Gewerkschaftsgruppen*“ postuliert, deren Grundlage offenbar nicht ein kommunistisches Programm für die gesamte Gewerkschaftsbewegung – und das heißt letzten Endes: der Kampf um die Arbeiterregierung! – sein soll, sondern ein kleinster gemeinsamer, also rein „*gewerkschaftlicher*“ Nenner, unter dem sich die Kommunisten zwischen allen möglichen oppositionellen Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften bis hin zu unzufriedenen Bürokraten verstecken können...

Alles in allem stellt die „*Resolution zur Umrüstung der Organisation*“ die Perspektive auf, „*dazu beizutragen, die beschränkten ökonomischen Kämpfe zu allgemeinen politischen Kämpfen... zu entwickeln und über diese Intervention den Auf-*

bau der Kommunistischen Partei voranzutreiben“. Somit hatte auch die „Bolfra“ die logische Konsequenz aus ihrer ungereimten politischen Position gezogen: Sie stand nicht mehr auf dem Boden der KJO. Nachdem nun die Vertreter der „Thesen zur Reorientierung“ dem vereinigten Block der Liquidatoren gegenüberstanden, war genau jene Situation entstanden, die es, wie einleitend dargelegt, nicht mehr möglich machte, die Auseinandersetzung auf der *fraktionellen* Ebene zu führen: Die Diskussion konnte nicht mehr im Rahmen der politischen Plattform der KJO-SPARTACUS ausgetragen werden. Somit war eine praktisch-politische Wendung unserer theoretischen Grundsätze faktisch nur noch für *den* Teil der Organisation verbindlich, der sich nach wie vor auf die Beibehaltung der KJO-Perspektive festgelegt hatte. Für die Liquidatoren konnte die SPARTACUS-Plattform keine Verbindlichkeit für die politische Arbeit mehr darstellen. In einer solchen Situation ist nur noch die Spaltung der Organisation möglich. Die Frage der *Kontinuität der Organisation* kann nicht mehr nach der Mehrheit der Stimmen entschieden werden, sondern ist eine politische Frage geworden.

Spaltung und Konsolidierung

Der Block der Liquidatoren hat sich kurz nach der Spaltung als „*Spartacus Bolschewiki-Leninisten*“ konstituiert. Die von dieser Organisation bisher vorgetragenen Positionen haben unsere Auffassungen, wie sie in den *Thesen* dargelegt werden, nur bestätigt. Ihr Unverständnis gegenüber den zentralen Problemen der konkreten Vermittlung zwischen der objektiven Aktualität der Revolution und der Krise der Führung des Proletariats – allgemein gesprochen – und damit ihre in den Gefilden der Abstraktion verbleibende Antwort auf die Frage nach der Dialektik zwischen Avantgarde und Masse weisen der Organisation insgesamt eine rein *propagandistische* Perspektive – die Perspektive eines Propagandazirkels trotzki-stischer Prägung!

Schon jetzt können wir in der neuen Organisation unterschiedliche Tendenzen festmachen. Steht sie noch gemeinsam vor der Schwierigkeit, die der Zirkel-Bewegung generell eigen ist, nämlich eine *konkrete* Perspektive für den Parteaufbau nicht weisen zu können, so wird sie gerade an dieser Schwierigkeit zerbrechen. So schnell wie sich die einzelnen Tendenzen auf die Liquidierung der KJO-Konzeption einigen konnten, werden sie wahrscheinlich wieder auseinandergehen. Unser Verdienst besteht aber gerade darin, das Problem des Parteaufbaus nicht in der Abstraktion der gesamtgesellschaftlichen Totalität aufgelöst zu haben, sondern mit der KJO-Konzeption den Weg gewiesen zu haben, wie schon heute in Westdeutschland die Propaganda nicht abstrakt zu bleiben braucht, sondern in die Führung politischer Kämpfe, in die reale Dialektik von Avantgarde und Masse übergehen kann. Ein *Kommunist* ist heute nicht schon der, der die allgemeinen Entwicklungsgesetze des Kapitalismus und des Verhältnisses von politischem und ökonomischem Kampf abstrakt begriffen hat. Worum es in unserer Konzeption geht – und hier mußten die Genossen des Blocks eine Alternative bis zuletzt

schuldig bleiben –, ist, daß wir nicht dabei stehen bleiben, die allgemeinen Entwicklungsgesetze *abstrakt* zu begreifen, sondern die *Art und Weise ihrer Durchsetzung* analysieren und hier zu dem Schluß gekommen sind, daß die Arbeiterjugend unmittelbar von der Entqualifizierung in einer besonderen Weise betroffen wird, die in diesem Bereich möglich macht, was auf der Ebene der Gesamtklasse heute noch nicht möglich ist: *die revolutionäre Avantgarde-Organisation aufzubauen, das heißt: die KJO!*

Die nachfolgenden Thesen wurden von den Delegierten, die die KJO-Perspektive auf der 2. Bundeskonferenz unserer Organisation vertraten, gegenüber der gemeinsamen Resolution der Liquidatoren-Fraktion zur Abstimmung einbracht. Sie beinhalten eine Zusammenfassung der materialistischen Grundlage der KJO-Perspektive und zeigen zugleich die konkret anzugehenden Aufgaben für die nächste Zeit auf. Sie stellen eine Selbstkritik der gemachten Fehler unserer Organisation dar; Fehler, die nicht zuletzt die Bildung der dargelegten Fraktionen erst ermöglicht haben.

Nur durch die konkrete Inangriffnahme der in den Thesen aufgezeigten Aufgaben kann sich unsere Organisation als eine politische Alternative zum Sekten- und Zirkelwesen der bundesrepublikanischen Linken profilieren.

Editorischer Hinweis:

Die roten Ziffern in eckigen Klammern kennzeichnen den Beginn der entsprechenden Seite des Papier-Originals.